Protokoll Nr.11 (2015-2019)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ des Beirats Vahr am 15.06.2017 im Ortsamt

Beginn 18:30 Ende: 20:55

Anwesend waren:

a) vom Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“

Herr Benthien
Herr Cyferkowski
Frau Früh
Herr Dr. Haga
Herr Kruse
Herr Saake
Herr Siegel

b) als beratende Fachausschussmitglieder

Herr Emigholz
Herr Sponbiel

c) vom Ortsamt Frau Dr. Mathes
Frau Kahle

d) als Gäste Herr Häntsche (Polizei Bremen)
Herr Lindemann (Bürgerantragsteller)
Frau Post, Frau Stangenberg (Freie Evangelische Bekenntnisschule Bremen)

Die Tagesordnung wird um TOP 1 (Einrichtung einer „Elternhaltestelle“ an der August-Bebel-Allee) ergänzt. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

Das Protokoll Nr. 10 der Sitzung am 20.03.2017 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Einrichtung einer „Elternhaltestelle“ an der August-Bebel-Allee

Frau Dr. Mathes weist auf den Beiratsbeschluss hin, an der August-Bebel-Allee stadtauswärts, vor der Einmündung der Otto-Braun-Straße, ein zeitlich befristetes eingeschränktes Halteverbot anzuordnen, da das benachbarte Grundstück neu bebaut werde und die Eltern zum Bringen und Abholen ihrer Kinder der Freien Evangelischen Bekenntnisschule Bremen (FEEB) nicht mehr auf das Grundstück fahren könnten. Zudem müsse aufgrund knapper finanzieller Mittel der schuleigene Bus eingestellt werden.[1] Nun liege das Antwortschreiben vom Amt für Straßen und Verkehr (ASV) vor, in dem die Einrichtung einer „Elternhaltestelle“ abgelehnt werde.[2]

Herr Dr. Haga kritisiert die in dem Schreiben unter anderem benannte Begründung, dass die Einrichtung den Parkdruck auf dem eigenen Grundstück abzuwickeln habe, da dies nicht auf dem Schulhof erfolgen könne. Herr Saake stimmt dem zu und hält die Argumente des ASV für nicht nachvollziehbar, da angesichts des Bauvorhabens eine Entlastung der Otto-Braun-Straße das Ziel sein solle. Zudem kämen viele der Schüler/innen aus anderen Stadtteilen.

[1] Nähere Informationen finden sich in dem Protokoll des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ vom 20.03.2017 unter: Protokoll Nr. 10.
[2] Das Schreiben ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

Herr Siegel vertritt ebenfalls die Auffassung, dass der Beiratsbeschluss durchgesetzt werden solle und betont, dass auch aufgrund der ansässigen Kita und Krippe ein kurzzeitiges Parken notwendig sei.

Frau Stangenberg erläutert, dass bereits ein Termin mit dem ASV und der Polizei stattgefunden habe, bei dem Zeiten für die eingeschränkten Halteverbote festgelegt worden seien. Demnach sei besprochen worden ein beidseitiges Halteverbot von 7:30 bis 8:15 und ein einseitiges Halteverbot von 11:45 bis 14:15 einzuführen.

Herr Häntsche begrüßt – insbesondere während der Baumaßnahmen – ein solches Halteverbot, da dann der Schulweg im Hinblick auf die Baufahrzeuge sicherer wäre. Er unterbreitet den Vorschlag, diesbezüglich ein Treffen mit dem ASV anzusetzen.

Frau Dr. Mathes greift diese Anregung auf und schlägt vor, das ASV weiterhin zu einer Umsetzung dieser Maßnahme aufzufordern. Des Weiteren könnte das Ortsamt gegebenenfalls anschließend beim Senator für Justiz und für Verfassung eine kostenlose Rechtsauskunft einholen, um zu bestätigen, dass das diesbezügliche Entscheidungsrecht beim Beirat liege.

Der Fachausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag einstimmig zu.

TOP 2: Bürgerantrag: Änderung der Straßenbefahrungsregelung der Hudemühler Straße

Herr Lindemann stellt seinen Bürgerantrag vor.[3] Er spricht sich für eine Einbahnstraßenregelung und gegen eine temporäre Spielstraße in der Hudemühler Straße aus, da dort die Wendemöglichkeiten fehlten. Des Weiteren beantragt Herr Lindemann eine verkehrsberuhigende Maßnahme in Höhe des Kindergartens in der Hützelstraße/ Bardowickstraße, zum Beispiel in Form einer Hochpflasterung, da dort häufig die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h überschritten werde.

Frau Dr. Mathes verweist auf das Antwortschreiben des ASV, das die Einrichtung einer Einbahnstraße ablehne, da diese erfahrungsgemäß zu höheren Geschwindigkeiten führe und mehr Verkehr auslöse.[4] Herr Häntsche sowie die Fachausschussmitglieder schließen sich der Stellungnahme des ASV an.

Die Fachausschussmitglieder sprechen sich daher einstimmig gegen eine Einbahnstraßenregelung in der Hudemühler Straße aus.

Wie Frau Dr. Mathes ausführt, hatte der Beirat die Durchführung eines Probebetriebs einer temporären Spielstraße in einem Abschnitt der Hudemühler Straße beschlossen, sollten dafür alle erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sein.[5] Zunächst seien vom ASV im Rahmen einer Ortsbegehung keine Bedenken geäußert worden. Gemäß der schriftlichen Stellungnahme des ASV werde die Einrichtung einer temporären Spielstraße jedoch abgelehnt, da sie angesichts der nahe gelegenen Spielmöglichkeiten als unverhältnismäßig angesehen werde und das Wenden für größere Fahrzeuge problematisch wäre.[6]

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in dieser Straße vergleichsweise hoch sei.[7]

Einige Fachausschussmitglieder sprechen sich nach wie vor für die Durchführung einer Testphase aus, um die Nachfrage und die verkehrliche Situation in der Praxis prüfen und beurteilen zu können. Andere Fachausschussmitglieder sind grundsätzlich für die Einführung einer Spielstraße, halten die Rahmenbedingungen jedoch für nicht ausreichend, unter anderem auch aus dem Grund, dass viele Anwohner/innen gegen die Einrichtung einer temporären Spielstraße seien und diese von ausreichend Befürworter/innen getragen werden müsse.

---

[3] Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.
[4] Das Antwortschreiben ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.
[5] Nähere Informationen finden sich in dem Protokoll des Fachausschusses „Soziales und Integration“ unter: Protokoll Nr. 7 und unter: Bürgerantrag temporäre Spielstraße.
[6] Siehe Anlage 3.
[7] Siehe: http://www.statistik-bremen.de/tabellen/kleinraum/baublock/ST33_Vahr/BremerBaubloecke.html.

Die anwesenden Anwohner/innen halten eine temporäre Spielstraße für nicht verhältnismäßig, da es genügend andere Spielmöglichkeiten sowie viele Stichwege gebe, die ausreichend Raum als Begegnungsstätte böten.

Unter Berücksichtigung der Stellungnahme des ASV lehnen die Fachausschussmitglieder den Probebetrieb einer temporären Spielstraße in einem Abschnitt der Hudemühler Straße mit zwei Zustimmungen und fünf Gegenstimmen mehrheitlich ab.

Gemäß Frau Dr. Mathes stellt das ASV grundsätzlich keine Hochpflasterungen mehr her. Der Grund liege unter anderem darin, dass es von Anwohner/innen häufig Beschwerden über Lärm gebe, der durch das Abbremsen und die Beschleunigung der Kfz verursacht werde.

Frau Dr. Mathes fügt hinzu, dass es zudem mehrfach Beschwerden über die zugeparkte Fünf-Meter-Zone am Einmündungsbereich Hützelstraße/ Bardowickstraße gegeben habe, sodass eine Einschränkung der Sicht vorliege. Bezüglich der Geschwindigkeitsübertretungen schlägt Frau Dr. Mathes vor, eine Geschwindigkeitsmesstafel in der Bardowickstraße anbringen zu lassen. Die Fachausschussmitglieder erklären sich einverstanden. Herr Häntsche sagt zu, dies zu veranlassen. Zudem werde die Polizei in diesem Bereich eine stärkere Überwachung vornehmen und nochmals Lasermessungen durchführen. Die Fünf-Meter-Zone werde bereits kontrolliert. Auf den Vorschlag von Herrn Saake dort Schraffuren als Stellflächen für zu Fuß Gehende anzubringen, erwidert Herr Häntsche zunächst den Versuch einer verstärkten Überwachung vorzunehmen.

TOP 3: Änderung der Beschilderung am Marktplatz

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass das Polizeirevier Vahr darauf hingewiesen habe, dass während des Marktes an der Berliner Freiheit einzelne Lieferfahrzeuge durch die Gänge zwischen den Marktständen und den zu Fuß Gehenden hindurchführen, um dann den Ladeverkehr zu verrichten. Im Moment besage die Beschilderung, dass die Fußgängerzone für Marktbezieher frei sei und Ladeverkehr von 19:00 bis 11:00 Uhr stattfinden könne. Das ASV habe daher vorgeschlagen, die Beschilderung für die Befahrung der Fußgängerzone durch Kfz dahingehend zu ändern, dass keine Belieferung der übrigen Geschäfte mehr zu Marktzeiten über den Marktplatz stattfinde. Der Lieferverkehr dürfe demnach dienstags, donnerstags sowie samstags nur noch zwischen 19:00 und 7:30 Uhr auf der Marktplatzseite erfolgen.

Der Fachausschuss stimmt diesem Änderungsvorschlag einstimmig zu.

TOP 4: Novelle der Landesbauordnung

Frau Dr. Mathes erklärt, dass der Beirat die Möglichkeit habe eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Neufassung der Bremischen Landesbauordnung (Entwurf BremLBO-17) abzugeben.[8] Die Notwendigkeit einer Novellierung der aktuell gültigen Bremischen Landesbauordnung (BremLBO-10) ergebe sich insbesondere durch zwingende Anpassungen des Landesrechts an europarechtliche Vorgaben. Beteiligungsrechte der Beiräte hinsichtlich der Erteilung von Baugenehmigungen würden nicht negativ berührt, da der sachliche Anwendungsbereich diesbezüglich unverändert bleibe.

Der Fachausschuss nimmt die vorgesehenen Änderungen der Bremischen Landesbauordnung zur Kenntnis.

TOP 5: Verschiedenes

<u>Verschmutzung durch Sperrmüll</u>

Herr Siegel macht darauf aufmerksam, dass die Verschmutzung durch liegengebliebenen bzw. unangemeldeten Sperrmüll wieder zugenommenen habe und dieser nicht mehr kurzfristig abgeholt werde, wie vereinbart.

[8] Ausführliche Informationen sind dem Protokoll als **Anlagen 4 a bis c** angefügt.

Herr Kruse ergänzt, dass dieses Jahr noch keine gesonderte Abgabemöglichkeit für sperrige Abfälle, wie dies von der Gewoba zugesagt worden sei, angeboten worden sei.

Der Vorschlag eine Einwohnerversammlung einzuberufen, wird vorerst verworfen, da es sich um viele verschiedene Standorte handelt, die betroffen sind. Gegebenenfalls wird zu einem späteren Zeitpunkt eine Einwohnerversammlung im Bereich der Geschwister-Scholl-Straße durchgeführt.

Der Fachausschuss beschließt, dass das Ortsamt zunächst eine Gesprächsrunde zur Problemlösung organisieren möge. An dieser sollten, neben dem Ortsamt, Herrn Saake, Herrn Siegel, Herrn Kruse und Herrn Dr. Haga[9], Vertretungen aus dem Umweltbetrieb Bremen (UBB), der Gewoba und gegebenenfalls dem Umweltressort teilnehmen.

Verschmutzung durch vom Wind verteilte Zeitungen

Herr Siegel weist darauf hin, dass es im Stadtteil verschiedene Stützpunkte gebe, an denen die Zeitungen des Weser Reports abgelegt und später von den Zusteller/innen abgeholt würden. Ein Problem, das dringend in den Griff bekommen werden müsse, sei, dass diese häufig durch den Wind verteilt würden. Er habe diesbezüglich mit den „Kontrolleuren“ der Zusteller/innen gesprochen, die die Zeitungen in der Regel wieder aufsammeln würden, aber nicht jeden Bereich in Augenschein nehmen könnten. Herr Siegel bittet darum, bei ihm oder dem Weser Report anzurufen, falls beobachtet werde, dass die Zeitungen nicht mehr gebündelt an einem Ort liegen.

Freiflächen für künftige Wohnbebauungen

Gemäß Herrn Siegel habe bereits vor Jahren der Prozess für eine künftige Wohnbebauung im Bereich des Betriebshofs des UBB in der Julius-Leber-Straße begonnen, da der Betriebshof verlagert werden soll. Diesbezüglich möchte er wissen, wann die Maßnahmen erfolgen und die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Das Ortsamt sagt zu, sich diesbezüglich zu erkundigen.

Angesichts der Wohnungsknappheit erkundigt sich Herr Siegel zudem danach, ob in der Konrad-Adenauer-Allee im Bereich der Brachfläche bei den Kleingärten Wohnbebauungen geplant seien. Frau Dr. Mathes erwidert, dass diese Fläche zwar im Flächennutzungsplan als potentiell bebaubare Fläche ausgewiesen sei, aber kurz- und mittelfristig keine Planungen für diese Fläche angedacht seien.

Altkleidercontainer vor Woolworth am Marktplatz Berliner Freiheit

Frau Dr. Mathes merkt an, dass von Bürger/innen wiederholt kritisiert worden sei, dass die Optik des Marktplatzes Berliner Freiheit durch die Altkleidercontainer beeinträchtigt sei und mehrfach Beistellungen bei den zwei Altkleidercontainern festgestellt worden seien. Sie schlägt vor, den Betreiber zu bitten, die Altkleidercontainer vom Marktplatz zu entfernen.

Der Fachausschuss spricht sich einstimmig für die Beseitigung der Altkleidercontainer aus.

Sprecher	Vorsitz	Protokoll
Saake	Dr. Mathes	Kahle

[9] Damit alle Fraktionen mit Stimmberechtigung vertreten sind, wurde Herr Dr. Haga nachbestimmt.